



## Niederschrift

### zur 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Ausschuss für Jugend und Soziales) der Stadt Lippstadt am 16.11.2016

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 19:35 Uhr

#### Anwesend waren:

##### **Vorsitzender**

Herr Hans Zaremba

##### **stellv. Vorsitzender**

Herr Josef Franz

##### **CDU-Fraktion**

Frau Helga de Horn  
Frau Maike Strakerjahn

ordentliches Mitglied  
ordentliches Mitglied

##### **SPD-Fraktion**

Frau Christine Goussis  
Herr Martin Schulz

ordentliches Mitglied  
ordentliches Mitglied mit  
beratender Stimme  
stellv. Mitglied

Frau Susanne Helfrich

##### **BG-Fraktion**

Frau Andrea Heymann

ordentliches Mitglied

##### **Fraktion Christdemokraten Lippstadt**

Frau Stefanie Jungeblodt

ordentliches Mitglied

##### **Fraktion DIE LINKE**

Herr Waldemar Domanski

ordentliches Mitglied mit  
beratender Stimme

##### **Fraktionslose**

Herr Wilhelm Glarmin  
Frau Dorothee Großekathöfer  
Frau Marlene Keil  
Herr Andreas Knapp  
Frau Eva Brinkmann

ordentliches Mitglied  
ordentliches Mitglied  
ordentliches Mitglied  
ordentliches Mitglied  
ordentliches Mitglied mit  
beratender Stimme  
ordentliches Mitglied mit  
beratender Stimme

Herr Albert Groß

Frau Dr. Lena Immer	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Dr. Olivia Reh	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Wolfram Schlimme	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Ute Stockhausen	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Manfred Kappe	stellv. Mitglied
Herr Michael Hammerschmidt	stellv. Mitglied mit beratender Stimme
Frau Nicole Heimlich	stellv. Mitglied mit beratender Stelle
Frau Patricia Hardeel	sachkundige Einwohnerin mit beratender Stimme

### **Verwaltung**

Herr Manfred Strieth	Fachbereich Familie, Schule und Soziales
Herr Joachim Elliger	Fachbereich Recht und Ordnung
Frau Helga Rolf	Fachdienst Jugend und Familie
Herr Olaf Blanke	Fachdienst Soziale Leistungen

### **Gast**

Frau Silvia Kampmann	Sozialdienst Kath. Männer e. V.
----------------------	---------------------------------

### **In öffentlicher Sitzung**

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Zaremba, begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete er Frau Dr. Lena Immer als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss (Vertreterin des Stadtelternrates) entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW.

#### **1. Fragestunde für Einwohner**

Es wurden keine Fragen gestellt.

#### **2. "Das Patenprojekt" des Sozialdienstes Kath. Männer e.V.- Ehrenamtliche Unterstützung für Kinder mit psychisch erkrankten Eltern 298/2016**

Frau Kampmann und Frau Keil vom Sozialdienst Kath. Männer (SKM) stellten anhand der als Anlage 1 beigefügten Präsentation das im Oktober 2013 gestartete "Patenprojekt" vor. Zielgruppe des Projektes sind Kinder psychisch

erkrankter Eltern. Das Projekt wird im Wesentlichen von ehrenamtlichen Paten durchgeführt. Über hauptamtlich tätige Kräfte des SKM werden die Paten begleitet und der Vermittlungsprozess gesteuert. Die Finanzierung des Patenprojektes erfolgt zu großen Teilen über die Dr. Arnold Hueck-Stiftung bzw. die Karl Bröcker Stiftung.

Bislang konnten von Seiten des SKM 23 Kinder in eine Patenschaft vermittelt werden, 6 Kinder befinden sich aktuell noch auf einer Warteliste.

In der anschließenden Diskussion, an der sich Herr Schulz, Herr Domanski sowie Frau Brinkmann beteiligten, beantwortete Frau Kampmann Fragen zu den Kontakten zwischen den psychisch kranken Eltern und den Paten bzw. zum Verfahren in Krisensituationen. Bislang sei lediglich eine Patenschaft wegen Schwierigkeiten im Eltern-/Patenverhältnis beendet worden.

Herr Zaremba bedankte sich bei Frau Kampmann und Frau Keil für ihre Ausführungen und wünschte dem Projekt weiterhin viel Erfolg.

### **3. Asylbewerber und Flüchtlinge** 293/2016

Herr Elliger unterrichtete den Jugendhilfeausschuss über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Zuweisung und Unterbringung von Flüchtlingen. Dabei erläuterte er, dass die Stadt Lippstadt seit Mitte Oktober 2016 wieder Zuweisungen zu verzeichnen habe, im Zeitraum Mitte Oktober bis Ende Dezember 2016 sei mit Zuweisungen von insgesamt 450 Personen zu rechnen. Herr Elliger verwies noch einmal auf die bisherigen Notunterkünfte des Landes Nordrhein-Westfalen an der Lippeschule sowie in der Lipperoder Straße, deren Schließung die aktuell erhöhte Flüchtlingszuweisung ausgelöst habe.

Zum Stichtag 08.11.2016 sei mit 643 Personen ein Höchststand von Bewohnern in Übergangwohnheimen der Stadt Lippstadt festzustellen. Die neu gebaute Unterkunft in der Stirper Straße 7 sei derzeit mit 120 Personen belegt, auch weitere Gemeinschaftsunterkünfte würden in Kürze an ihre Kapazitätsgrenzen gelangen. Die Stadt Lippstadt strebe weiterhin eine dezentrale Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge an, auch werde versucht, die Belegungen insgesamt sozialverträglich vorzunehmen.

Einige Gemeinschaftsunterkünfte sind nach Aussagen von Herrn Elliger derzeit noch nicht belegt, andere würden als „Puffer“ bereitgehalten.

Herr Elliger ging zudem auf die gestiegene Anzahl der Mitarbeiter und damit einhergehende Kostensteigerungen zur Bewältigung der Aufgaben des Flüchtlingszuzuges ein. So seien zusätzliche Hausmeister einzustellen gewesen, außerdem Personen für die soziale Betreuung und Mitarbeiter für die Leistungsbewilligungen.

Zum Schluss seiner Ausführungen wies Herr Elliger darauf hin, dass das Land Nordrhein-Westfalen sich derzeit bemühe, Zielvereinbarungen mit Kommunen bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen zu schließen. Auf Nachfrage von

Frau Helfrich erläuterte Herr Elliger seine kritische Sicht zu den vom Land angestrebten Zielvereinbarungen.

Herr Strieth wies anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation darauf hin, dass bis zum Ende des Jahres 2016 insgesamt ca. 1.350 Flüchtlinge nach Lippstadt zugewiesen werden. Bei Erstellung des Haushaltsentwurfes 2016 sei man davon ausgegangen, dass sich im Jahresdurchschnitt 1.000 Personen im Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz befinden würden. Aus unterschiedlichsten Gründen hätten bislang nur durchschnittlich 500 Personen Leistungen erhalten, sodass trotz der jüngsten 450 Zuweisungen im Jahr 2017 mit nur noch 750 Personen im Leistungsbezug kalkuliert werde. Mit Blick auf die unklare Zuweisungssituation in 2017 wies Herr Strieth auf die damit bestehenden Haushaltsrisiken hin.

Darüber hinaus ging Herr Strieth auf die Herkunftsstaaten der Flüchtlinge ein und zeigte Veränderungen in der Zuwanderung auf.

Frau Rolf ging im Anschluss noch auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) in Lippstadt ein. Derzeit befinden sich 42 UMF in Lippstadt, die Quote von 52 aufzunehmenden Kindern werde dadurch unterschritten. Aktuell lägen auch wenige Anfragen bezüglich Übernahmen vor. Frau Rolf wies darauf hin, dass aufgrund der Fallzahlen beabsichtigt ist, das Clearinghaus in Lipperbruch zum 31.12.2016 aufzulösen.

Frau Rolf begrüßte darüber hinaus, dass im Jahr 2017 vom Land Nordrhein-Westfalen erneut Sondermittel für junge Geflüchtete im Alter von 16 bis 27 Jahren im Rahmen der Jugendsozialarbeit bereitgestellt würden. Die INI e. V. bietet derzeit 12 jungen Flüchtlingen in der Maßnahme "Check in" eine erste berufliche Orientierung, Sprachunterricht und eine geregelte Tagesstruktur. Die Finanzierung des Projektes wurde zunächst bis zum 31.12.2016 bewilligt.

Für das Jahr 2017 würden diese Sondermittel (95.000 € je Kommune) nur 10 Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt, die Stadt Lippstadt wird nach aktuellen mündlichen Informationen aus dem Jugendministerium diese Sondermittel erhalten.

Im Anschluss an die Ausführungen beantworteten Herr Elliger und Herr Strieth eine Frage von Herrn Franz zu Abschiebungen, freiwilligen Ausreisen, Duldungen sowie zu Zu- und Wegzügen von Asylbewerbern und Flüchtlingen.

Herr Zaremba bedankte sich für die Ausführungen, der Ausschuss nahm die Ausführungen ansonsten zur Kenntnis.

**4. Information des Fachbereiches Familie, Schule und Soziales zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2017  
hier: Teilbereich Familie und Soziales  
289/2016**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes gab Herr Zaremba in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender eine Erklärung zur Nichtberücksichtigung des Vor-

habens "Errichtung einer Mehrgenerationenbegegnungsstätte in der Kernstadt" im Etatentwurf ab. Die Erklärung ist als Anlage 3 beigefügt.

Herr Strieth ging anschließend kurz auf die generelle Entwicklung des Etats der Gesamtstadt Lippstadt ein und beantwortete in diesem Zusammenhang eine Nachfrage von Herrn Schulz.

Für den Fachbereich Familie, Schule und Soziales wies Herr Strieth darauf hin, dass der Zuschussbedarf für das Jahr 2016 um ca. 1,5 Millionen geringer ausfalle als veranschlagt. Diese Reduzierung ist insbesondere auf die um 2 Millionen Euro geringeren Kosten bei den Transferleistungen für Flüchtlinge zurückzuführen, in den restlichen Bereichen habe sich durch gestiegene Betriebs- bzw. Personalkosten ein zusätzlicher Zuschussbedarf in Höhe von ca. 0,5 Millionen Euro ergeben.

Im Anschluss gab Herr Strieth anhand der als Anlage 4 beigefügten Präsentation noch weitere Hinweise zum Aufwand und zur Verteilung der Kosten im Fachbereich.

Auf Nachfrage von Herrn Franz erläuterten Herr Strieth und Frau Rolf die Gründe für die Nichtberücksichtigung eines Zuschusses in Höhe von 2.500 € an die Kath. Ehe-, Familien- und Lebensberatung. Nach weiteren Wortmeldungen von Frau Stockhausen und Frau Großekathöfer regte der Vorsitzende an, den Zuschussantrag noch einmal in den Fraktionen zu beraten.

Ansonsten nahm der Ausschuss die Ausführungen zur Kenntnis.

**5. Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege**  
**hier: a) Dynamisierung der Elternbeiträge zum 01.08.2017**  
**b) Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 15.08.2016**  
219/2016

Top 5 wurde gemeinsam mit Top 6 behandelt.

Der Ausschussvorsitzende erklärte, dass zu den Elternbeiträgen noch Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen bestehe. Er schlug daher vor, die Tagesordnungspunkte ohne weitere Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rat zu verweisen.

Herr Franz erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden und teilte gleichzeitig mit, dass die CDU-Fraktion einer geplanten Dynamisierung der Elternbeiträge um 3 % nicht zustimmen werde. Stattdessen sollten die Elternbeiträge, wie im Kreis Soest, zum 01.08.2017 um lediglich 1,5 % erhöht werden. Für das Jahr 2018 kündigte Herr Franz eine generelle Überarbeitung der Elternbeitragstabelle an.

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 wurden anschließend einvernehmlich zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss bzw. Rat verwiesen.

6. **Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Kindern an außerunterrichtlichen Angeboten in der Primarstufe im Rahmen der "Offenen Ganztagschule" und der "Schule von acht bis eins"**  
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 15.08.2016  
222/2016

Siehe Punkt 5.

7. **Geplante Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) zum 01.01.2017**  
299/2016

Herr Strieth unterrichtete die Mitglieder des Ausschusses über die geplante Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.01.2017.

Herr Strieth verwies auf die Probleme aufgrund der kurzfristigen Umsetzung im Falle der Verabschiedung des Gesetzes. Nach eigenen Erhebungen sei mit einer Verdoppelung der Fallzahlen zu rechnen, aufgrund der höheren Ansprüche für ältere Kinder würde ein ca. 2 ½-mal höherer finanzieller Aufwand entstehen. Auf die Stadt Lippstadt könnten möglicherweise Mehrkosten zwischen 750.000 € und 1.000.000 € zukommen.

Aufgrund der insgesamt noch wenig belastbaren Informationslage und fehlenden Aussagen zur Verteilung der Finanzmittel zwischen Bund, Ländern und Kommunen können Veränderungsblätter für den Haushalt 2017 erst in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses bzw. Rates vorgelegt werden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm die Ausführungen ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

8. **Antrag der INITEC - Gesellschaft für Ausbildung und Arbeit mbH (gemeinnützig) vom 28.09.2016 auf Gewährung eines städtischen Zuschusses für die Weiterführung der Maßnahme "Produktionsschule.NRW"**  
291/2016

(Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes nahm Herr Knapp im Zuhörerraum Platz.)

Ohne weitere Beratungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

"Für die Weiterführung der Maßnahme '**Produktionsschule.NRW**' wird der INITEC - Gesellschaft für Ausbildung und Arbeit mbH (gemeinnützig) – INITEC GmbH (g) im Schuljahr 2016/2017 für bis zu 12 Teilnehmer/innen ein Betrag von 300,00 € je Teilnehmer/in und Monat für die sozialpädagogischen Personal- und Sachkosten unter den Voraussetzungen zur Verfügung gestellt, dass

- das Land Nordrhein-Westfalen die eingerichteten Plätze mit einem Betrag von 600,00 € je Teilnehmer und Monat fördert,
- die Zuweisung der Jugendlichen in die Maßnahme durch das Jugendamt der Stadt Lippstadt erfolgt,
- ein Verwendungsnachweis über die Personal- und Sachkosten vorgelegt wird,
- die INITEC GmbH (g) keinen Gewinn aus dieser Maßnahme erzielt."

(Einstimmig zugestimmt)

## **9. Sachstandsbericht zur Umsetzung des Fachkonzepts "Frühe Hilfen" in Lippstadt**

297/2016

Frau Rolf gab dem Ausschuss einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Fachkonzeptes "Frühe Hilfen". Dabei ging sie insbesondere noch einmal auf den Fachtag am 26.10.2016 im Rathaus der Stadt Lippstadt ein und zeigte sich erfreut über die große Resonanz sowohl im Bereich der Kinderärzte, Kinderkliniken, Hebammen, der Schwangerschaftsberatungsstellen als auch bei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses.

Frau Rolf verwies auf eine geplante Bestandserhebung der Angebote im Bereich der "Frühen Hilfen", die erstellt und demnächst auf der Homepage der Stadt Lippstadt veröffentlicht werden soll. Positiv zu bewerten sei, dass zurzeit 8 Familien von einer Familienhebamme begleitet würden, die im rein präventiven Bereich tätig sei.

Anfang 2017 soll eine Elternbefragung stattfinden, um auf diesem Wege zu erfragen, was aus Elternsicht gewünscht und als nützlich erachtet wird. Der Ausschuss nahm den Bericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

## **10. Verschiedenes**

Frau Stockhausen wies auf ein neues Angebot des Sozialdienstes Kath. Frauen hin. Im "Café Krabbeldecke" steht im „CAP 27“ für Familien und Alleinerziehende neben den allgemeinen Beratungsangeboten montags von 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr u. a. eine Familienhebamme als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

---

gez. Hans Zaremba  
Vorsitzender

---

gez. Olaf Blanke  
Schriftführer